LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 17. WAHLPERIODE

VORLAGE 17/1767

A09

Von: ZF IM KPR (IM)

Gesendet: Donnerstag, 7. März 2019 13:38

An: Hielscher, Birgit <Birgit.Hielscher@landtag.nrw.de>

Cc: Held, Christoph (IM) < Christoph. Held@im.nrw.de>; Lukosch, Dennis (IM)

<Dennis.Lukosch@im.nrw.de>; Schlütter, Hanna-Elisabeth (IM)

<Hanna.Schluetter@im.nrw.de>; Pracejus, Katharina (IM) <Katharina.Pracejus@im.nrw.de>;

Wißbaum, Frank (IM) < Frank. Wissbaum@im.nrw.de>

Betreff: Zeitleiste Ermittlungskomplex "Lügde" - Sondersitzung des Innenausschusses am

26.02.2019

Sehr geehrte Frau Hielscher,

im Rahmen der Sondersitzung des Innenausschusses am 26.02.2019 wurde vom IM eine Zeitleiste zum Ermittlungskomplex "Lügde" ausgegeben. Anbei übersende ich Ihnen zur weiteren Verwendung die Zeitleiste, die aufgrund der Erörterungen in der Ausschusssitzung an zwei Stellen aktualisiert wurde (Seite 3 und 7 des Dokuments). Die Aktualisierungen sind farblich gekennzeichnet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Maximilian Eßer

Ministerium des Innern NRW
- Kabinett- und Parlamentsangelegenheiten - Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211/871-3369 Fax: 0211/871-16-3369

E-Mail: maximilian.esser@im.nrw.de

Polizeilicher Sachstand: 26.02.2019, 11:00 Uhr

Datum	Ereignis
20.10.2018	Anzeigenerstattung durch die Mutter eines 9jährigen Mädchens in Bad Pyrmont (Niedersachsen) wegen des Verdachts des schweren sexuellen Missbrauchs durch den Hauptbeschuldigten. Die Tochter hatte sich ihrer Mutter gegenüber am 03.08.2018 offenbart. Die Taten fanden im Juni/Juli 2018 auf dem Campingplatz in Lügde statt. Aus Angst vor dem Beschuldigten erfolgte die Anzeigenerstattung erst zu diesem späten Zeitpunkt.
30.10.2018	Vernehmung der Mutter und Anhörung des geschädigten Kindes im Polizeikommissariat Bad Pyrmont (Niedersachsen). Das Mädchen macht in dieser Anhörung Angaben zu mehrfachem sexuellen Missbrauch durch den Hauptbeschuldigten zu ihrem Nachteil und zum Nachteil seiner 6jährigen Pflegetochter.
12.11.2018	Der Ermittlungsvorgang wird vom Polizeikommissariat Bad Pyrmont (Niedersachen) an die Kreispolizeibehörde (KPB) Lippe versendet und vom Fachkommissariat für Sexualdelikte übernommen.
13.11.2018	Durch die zuständige Sachbearbeiterin der KPB Lippe erfolgt eine telefonische Kontaktaufnahme und Information des Jugendamtes Blomberg über die Erkenntnisse zum sexuellen Missbrauch der Pflegetochter. Noch am gleichen Tag wird das 6jährige Mädchen durch Mitarbeitende des Jugendamtes Blomberg in Obhut genommen.
28.11.2018 - 29.11.2018	Aufgrund verschiedener, durch die Kindsmutter veranlasster Terminverschiebungen, erfolgt die Anhörung der geschädigten 6Jährigen Pflegetochter erst am 28.11.2018. Bei dieser Anhörung erfolgt ein Hinweis der Mutter auf ein weiteres Opfer aus dem Bekanntenkreis.
04.12.2018	Anregung von Durchsuchungsbeschlüssen für die Wohnungen des Hauptbeschuldigten (u. a. das Tatobjekt auf dem Campingplatz in Lügde) und eines Untersuchungshaftbefehls durch die KPB Lippe.
05.12.2018	Die beantragten Beschlüsse werden durch das Amtsgericht Detmold erlassen.
06.12.2018	Umsetzung der erlassenen Beschlüsse und Verkündung der Untersuchungshaft gegen den Hauptbeschuldigten durch AG Detmold. Im Rahmen der Durchsuchungen werden zahlreiche Beweismittel und IT-Asservate sichergestellt.
10.12.2018	Durch den Leiter des Fachkommissariats wird ein weiterer Sachbearbeiter mit dem Sachverhalt betraut.
12.12.2018	Die KPB Lippe thematisiert den Sachverhalt im Kreis der Direktionsleiter mit dem Abteilungsleiter Polizei. Die Einrichtung einer Ermittlungskommission (EK) ist bei sich verdichtender Faktenlage geplant. Die Aufnahme einer weiteren Strafanzeige erfolgt (weiteres Mädchens als mögliches Opfer).
13.12.2018	Eingang der WE-Meldung der KPB Lippe zu dem Straftatengeschehen mit derzeit acht Fällen des sexuellen Missbrauchs. Eine Ermittlungsgruppe ist eingerichtet. Erlass Innenministerium / Verfügung LKA: Auftrag zur ergänzenden Berichterstattung durch die KPB Lippe
17.12.2018	Auf Anforderung berichtet die KPB Lippe zu bisherigen Erkenntnissen und Maßnahmen im Zusammenhang mit den Ermittlungen. Die KPB Lippe berichtet, dass neun Fälle des schweren sexuellen Missbrauchs beweiserheblich belegt seien. Die Tatzeiträume reichen bis 2008 zurück.

	Erlass Innenministerium / Verfügung LKA: Auftrag zur ergänzenden Berichterstattung zu Art und Umfang der bei der Durchsuchung am 06.12.2018 sichergestellten Beweismittel. Zudem wird um eine detaillierte Darstellung zu vorliegenden Informationen hinsichtlich des Strafverfahrens der Staatsanwaltschaft (StA) Detmold gegen das Jugendamt des Kreises Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) gebeten. Darüber hinaus wird aus kriminalfachlicher Aufsicht heraus bemängelt, dass die Einrichtung einer EK sowie das Absetzen einer WE-Meldung vor dem Hintergrund des Vorliegens von mindestens acht Fällen schweren sexuellen Missbrauchs, der umfangreichen Sicherung von Beweismitteln sowie der Festnahme des Beschuldigten spätestens am Tag der Durchsuchung (06.12.2018) hätte erfolgen müssen.
19.12.2018	Auf Anforderung berichtet die KPB Lippe, dass bereits 2017 die beiden Jugendämter Lippe und Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) nach einem beim örtlichen Bezirksdienst eingegangenen Hinweis auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung in Kenntnis gesetzt worden seien. Aus den damaligen Vermerken ergebe sich, dass beide Jugendämter dem Hinweis, auch vor Ort, nachgingen und keine Gefährdung und keine Straftaten festgestellt werden konnten. LKA hierzu: KPB Lippe hat sich selbstkritisch "mit der zeitlich verzögerten Anhörung der Geschädigten, der nicht zeitgerechten Einrichtung der EK sowie dem deutlich zu späten Versand einer WE-Meldung" auseinander gesetzt.
20.12.2018	Zeitgleiche Durchsuchungsmaßnahmen in den Räumen der Jugendämter Hameln-Pyrmont (Niedersachen) und Lippe. Bei der Vollstreckung des Durchsuchungsbeschlusses im Jugendamt Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) werden zahlreiche Arbeitsdateien und elektronischer Schriftverkehr sichergestellt.
10.01.2019	Der Abteilungsleiter Polizei (ALPol) der KPB Lippe informiert telefonisch den Direktionsleiter Kriminalität des PP Bielefeld als zuständige Kriminalhauptstelle über den Sachverhalt und die erfolgten Ermittlungen. ALPol bittet nicht um Unterstützung, sondern verdeutlicht, dass nach Absprache mit der StA Detmold sowohl die Ermittlungen im Tatkomplex "sexueller Missbrauch" als auch im Tatkomplex "Behördenermittlungen" bei der KPB Lippe verbleiben sollen. Der Direktionsleiter Kriminalität des PP Bielefeld bittet - auch aus Gründen der Neutralität - darum, eingebunden zu werden, sollten sich die Ermittlungen ausweiten.
10.01.2019 -	Zwei weitere Tatverdächtige (Mittäter bzw. Chatpartner des
11.01.2019	Hauptbeschuldigten) werden ermittelt. Nach Erwirken von Untersuchungshaftbefehlen werden sie festgenommen.
11.01.2019	Die KPB Lippe berichtet an das LKA, dass sich abzeichne, dass möglicherweise 30 oder mehr Kinder und Jugendliche Opfer des Beschuldigten und evtl. Mittäter geworden sein könnten. Zudem habe die Auswertung der am 06.12.2018 sichergestellten Beweismittel ergeben, dass von einigen Taten Bild- und Videoaufnahmen gefertigt und gespeichert oder direkt übertragen worden sind. Der Bericht wurde an das Innenministerium weitergeleitet.
30.01.2019	Pressekonferenz der KPB Lippe zum Tatkomplex "sexueller Missbrauch"; Erstmalige Information über bis zu 1.000 (Einzel-)Taten.
31.01.2019	Erlass Innenministerium / Verfügung LKA: Sofortige Übertragung der gesamten Ermittlungsführung auf das PP Bielefeld. Bitte an das PP Bielefeld um Konzipierung eines regelmäßig fortzuschreibenden Berichts.

Polizeilicher Sachstand: 26.02.2019, 11:00 Uhr

Eingang der Fortschreibung Nr. 1 der WE-Meldung¹ seitens des PP Bielefeld mit der Mitteilung zur Übernahme und Führung der Ermittlungen durch die Kriminalhauptstelle. 31.01.2019 Die StA Detmold leitet Strafverfahren gegen eine Polizeibeamtin der KPB Lippe sowie gegen einen pensionierten Polizeibeamten der KPB Lippe wegen des Anfangsverdachts der Strafvereitelung im Amt ein. Zu den Hintergründen: August 2016: Ein Vater von minderjährigen Töchtern berichtet dem Kinderschutzbund Hameln, dass sich der Hauptbeschuldigte auf einem Fest seinen Kindern unsittlich genähert habe. Dieser Hinweis wird an die KPB Lippe, Polizeiwache (PW) Blomberg weitergegeben. Der aufnehmende Beamte leitet diesen Hinweis als Vermerk an das Jugendamt Lippe / Blomberg weiter. Zudem nimmt er telefonischen Kontakt mit dem Hinweisgeber auf, um sich über den Sachverhalt persönlich zu informieren. Auf der Grundlage des Hinweises werden seitens des Jugendamtes Hameln keine weiteren Maßnahmen ergriffen, da die Unterbringung durch regelmäßige Ortstermine des Jugendamtes Hameln kontrolliert wurde. entsprechende Rückmeldung ergeht an das Jugendamt Blomberg. November - Dezember 2016: Der Hauptbeschuldigte tätigt gegenüber dem Jobcenter in Blomberg Außerungen, die für die Sachbearbeiterin den Verdacht eines Kindesmissbrauchs ergeben. Die Sachbearbeiterin sendet verdächtigen Feststellungen per E-Mail an die KPB Lippe. Der zuständige Polizeibeamte erfasst den Hinweis und der Vorgang wird zur weiteren Bearbeitung an das Fachkommissariat für Sexualdelikte übersandt. Zeitgleich wird das Jugendamt Blomberg entsprechend informiert. Das Jugendamt Blomberg, nimmt daraufhin eine Überprüfung der Behausung des Haupt-beschuldigten im Hinblick auf eine Gefährdung des Kindeswohls vor. Bei einer ersten Ortsbesichtigung wurde eine latente Gefährdung aufgrund der Unterbringung festgestellt und dokumentiert. Bei einer weiteren Kontrolle in der Folgewoche hat sich die Situation vor Ort verbessert. Hinweise auf sexuellen Missbrauch werden bei beiden Kontrollen nicht festgestellt. Sämtliche Feststellungen werden als Anzeige zur Kindswohl-gefährdung durch das Jugendamt Blomberg an das zuständige Jugendamt Hameln übermittelt.

April 2017:

Eine Sachbearbeiterin des Fachkommissariats für Sexualdelikte der KPB Lippe erkundigt sich in Detmold bei den zuständigen Jugendämtern nach dem aktuellen Sachstand. Ihr wird mitgeteilt, dass Begutachtungen und Ermittlungen vor Ort durch die eingesetzte Familienhilfe keine weitergehenden Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindes erbrachten. Die durch das Fachkommissariat durchgeführten Recherchen ergeben keine Hinweise auf einschlägige Vorerkenntnisse des Beschuldigten. Eine rechtliche Würdigung durch die StA wird nicht herbeigeführt.

(eingetragen am 27.02.2019)

3

Nachtrag nach der Sondersitzung des Innenausschusses vom 26.02.2019

Polizeilicher Sachstand: 26.02.2019, 11:00 Uhr

01.02.2019	Einbindung der Opferschutzbeauftragten des Landes NRW durch das PP
	Bielefeld. Es erfolgen erste Absprachen bzgl. der weiteren
	Opferschutzmaßnahmen in Kooperation verschiedener Behörden.
	Erlass Innenministerium / Verfügung LKA:
05.02.2019	Auftrag an PP Bielefeld für einen ersten Bericht zum 03.02.2019 Vollstreckung eines Durchsuchungsbeschlusses des AG Detmold gegen
05.02.2019	einen in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten.
06.02.2019	Polizeiabteilung im Innenministerium führt mit Landrat Lippe / weiteren
00.02.2019	Führungskräften der KPB Lippe Gespräch zu mangelbehafteten
	Informationswegen, fehlerhaften Abläufen in 2016, Qualitätssicherung,
	Konsequenzen etc.
	(Anmerkung: Der Umstand der nicht auffindbaren Asservate wird durch
	die Polizei Lippe nicht mitgeteilt.)
	Erlass Innenministerium an LZPD:
	Auftrag, das PP Bielefeld bestmöglich mit angeforderten Mitteln
	(etwa Computerarbeitsplätze, Einrichtungen zur Videografie bei
	Vernehmungen etc.) auszustatten.
07.02.2019	Vollstreckung eines Durchsuchungsbeschlusses des AG Detmold gegen
	einen weiteren Beschuldigten.
11.02.2019	Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen die Beschäftigen im
	öffentlichen Dienst der Jungendämter Lippe und Hameln-Pyrmont
	(Niedersachsen) sowie die Beschäftigten der KPB Lippe werden
	abgetrennt. PP Bielefeld führt die Ermittlungskomplexe "sexueller
	Missbrauch" und "Behördenermittlungen" in zwei unabhängigen
	Ermittlungskommissionen.
	Derzeit wird gegen zwei Polizeibeamte der KPB Lippe sowie acht
	Beschäftigte der Jugendämter Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) und
	Lippe ermittelt. Darüber hinaus sind vier Verfahren gegen Beschäftigte
	anderer Organisationen eingeleitet, die nach Beauftragung durch die Jugendämter im Außendienst tätig sind und regelmäßig die
	Wohnsituation vor Ort überprüft haben.
	Der Leiter der Ermittlungskommission des PP Bielefeld wird durch die
	KPB Lippe über die fehlenden Asservate informiert.
	Der Leiter des Jugendamtes Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) meldet
	sich bei der zuständigen Staatsanwaltschaft und beharrt auf einen
	zeitnahen Vernehmungstermin. Am 15.02.2019 wurde dieser Mitarbeiter
	durch den Landrat Hameln-Pyrmont (Niedersachsen) von seinen
	Aufgaben wegen des Verdachts der Aktenmanipulation freigestellt.
12.02.2019	Das PP Bielefeld wird umfangreich durch andere Polizeibehörden
	personell unterstützt. Zur Realisierung einer kooperierten und
	dezentralen IT-Auswertung werden spezielle Kräfte der übrigen großen
	Kriminalhauptstellen (Münster, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Köln -
	jeweils zwei Mitarbeiter aus dem Bereich IT-Ermittlungsunterstützung
	sowie zwei Mitarbeiter aus dem Bereich Sachbearbeitung
14.02.2019	Kinderpornografie) eingesetzt. Sitzung des Innenausschusses des Landtags:
14.02.2019	Herr Minister informiert die Mitglieder des Ausschusses in einem
	schriftlichen Bericht zu den Erkenntnissen zu den Missbrauchsfällen in
	Lügde. Zudem informiert er in einem mündlichen Bericht ergänzend über
	den Sachverhalt und die veranlassten Maßnahmen.
	Nach der Sitzung des Innenausschusses (nach 18 Uhr):
	Erste telefonische Vorab-Information des Direktionsleiters Kriminalität des
	PP Bielefeld an den Landeskriminaldirektor nach 18:00 Uhr über das
	Ti Diciered an den Landeskillilladirektor Hach 10.00 Offi übel üds

Nicht-Auffinden von Asservaten. Dieser unterrichtet unmittelbar hiernach die Abteilungsleiterin Polizei.

Im Einzelnen:

Sichtung der Datenträger in den Räumen der IT-Ermittlungsunterstützung der KPB Lippe am 13.12.2018 durch einen Kommissaranwärter (Auszubildender) im Hinblick auf inkriminierte Inhalte. Die Asservate verbleiben auf dem Schreibtisch und werden nicht in den Asservatenraum gebracht.

Die Ermittlungskommission der KPB Lippe stellt am 30.01.2019 den Verlust der Datenträger fest. Der EK-Leiter wird noch am selben Tag darüber informiert. Bis 04.02.2019 erfolgt die mehrfache Suche nach den fehlenden Asservaten in den Räumlichkeiten der Ermittlungskommission, in den Asservatenräumen der Direktion Kriminalität, im Bereich des Erkennungsdienstes, den IT-Auswerteräumen, den Büros der Sachbearbeiter, den Dienstfahrzeugen und Müllbehältnissen.

Der EK-Leiter informiert seinen Kommissariatsleiter am 04.02.2019 über die nicht auffindbaren Asservate.

Wiederkehrende Durchsuchungen der einzelnen Räume und möglicher Lagerorte nach den nicht auffindbaren Datenträgern durch eigenes Personal der KPB Lippe erfolgen vom 06.02.2019 bis 13.02.2019.

Der Abteilungsleiter Polizei der KPB Lippe wird über die nicht auffindbaren Asservate informiert.

15.02.2019

Auftrag Innenministerium:

- Sofortiger Auftrag an KPB Lippe zur unverzüglichen schriftlichen Berichterstattung
- Sofortige Entsendung des LKA noch am 15.02.2019
- LKA trifft vor Ort ein und führt erste Aufklärungsmaßnahmen zum Verbleib der Datenträger durch

Bericht der KPB Lippe über die nicht auffindbaren Asservate und den Umgang mit den Datenträgern. Die Sachbearbeiterin der IT-Ermittlungsunterstützung kehrt am 20.12.2018 nach Krankheit an ihren Arbeitsplatz zurück, an dem der Kommissaranwärter eine Woche zuvor (13.12.2018) die Auswertung der Datenträger vornahm. Ihr fallen ein Aluminiumkoffer und eine schwarze Tasche in ihrem Büro auf, da diese nicht zu ihrem Besitz gehören.

Der den Bericht unterzeichnende ALPol hat die "... Vermutung, dass die Datenträger ... sich noch in dem Gebäude der Kreispolizeibehörde befinden."

Erste telefonische Vorinformation der Abteilungsleiterin 4 an Minister über möglicherweise vermisste Asservate mit Hinweis, dass die KPB Lippe davon ausgeht, diese wiederzufinden.

Verfügung des LKA auf Veranlassung des Innenministeriums:

Auftrag an KPB Lippe um ergänzenden umfassenden Bericht zu Art und Umfang der bei Durchsuchungsmaßnahmen sichergestellten Beweismittel, insbesondere sichergestellter IT-Asservate/Datenträger sowie deren Behandlung und Umgang im weiteren Verlauf bis zum 18.02.2019.

18.02.2019

Vorlage einer Führungsinformation für Staatssekretär und Minister über die nicht auffindbaren Datenträger durch die Abteilung 4.

	Aus Neutralitäts- und Fürsorgegründen sind sämtliche Kräfte der KPB
	Lippe aus den Ermittlungskommissionen des PP Bielefeld herausgelöst.
	Eingang des Berichts der KPB Lippe zu den nicht auffindbaren Datenträgern.
	Bewertung des LKA:
	"Auf Grundlage der Berichte wird die Aufgabenwahrnehmung der KPB
	Lippe in diesem Ermittlungskomplex, insbesondere unter Würdigung
	durchgeführter Durchsuchungsmaßnahmen, Umgang mit Asservaten
	sowie Aktenführung, aus kriminalfachlicher Sicht als höchst defizitär
	bewertet. Das Verfahren wurde unstrukturiert sowie zeitlich in Teilen
	unsachgemäß verzögert geführt, kriminalfachliche Standards wurden
	nicht eingehalten und eine stringente Fachaufsicht seitens der
	Direktionsleitung ist nicht erkennbar."
	Erlass Innenministerium:
	 Auftrag an LKA zur strukturierten Auswertung des Berichts der KPB Lippe
	Auftrag an LKA zur Vorbereitung und Durchführung von
	Ermittlungen zum Verbleib der nicht auffindbaren Asservate (Task
	Force Lügde / Sonderermittler LKA) vor Ort.
19.02.2019	Persönliche Information der Obleute des Innenausschusses durch Herrn Minister
20.02.2019	Task Force Lügde (fünf Sonderermittler LKA) im Auftrag
	Innenministerium täglich vor Ort. Führt Ermittlungen zum Verbleib der
	Asservate (Durchsuchungen, Anhörungen etc.) durch.
	Bericht der KPB Lippe zur Auswertung der Raumschließanlagen an das
	LKA; Übergabe der Datenblätter zu den Schließvorgängen an die Task
	Force Lügde (Sonderermittler LKA)
21.02.2019	Gespräch der Polizeiabteilung im Innenministerium mit Landrat Lippe /
	weiteren Führungskräften der KPB Lippe zu mangelhaften Informations-
	und Meldeprozessen und nicht akzeptablen Umgang mit Asservaten.
	Inspektion der gesamten Kreispolizeibehörde Lippe durch Task Force
	Lüdge wird durch Innenministerium angekündigt.
	Erneute, persönliche Information der Obleute des Innenausschusses durch Herrn Minister
	Pressekonferenz des Innenministers zu den nicht auffindbaren
	Datenträgern zur Information der Öffentlichkeit
22.02.2019	Das PP Bielefeld teilt dem Innenministerium mit, dass
	die dezentrale Sichtung des gesicherten Datenbestandes zur
	Feststellung eines Gefahrenüberhanges nahezu abgeschlossen
	ist. Hierzu wurden fast 900.000 Bilder und mindestens 27.000
	Videos durch Beschäftigte gesichtet,
	eine weitergehende detaillierte Auswertung durch spezielle
	Software (z.B. Videmo360 / Gesichtserkennung) sich in der
	technischen Vorbereitung befindet,
	eine nochmalige Tatortaufnahme (Campingplatz und Wohnung) durch Charilitate des IKA und des RR Bielefeld erfelt ist.
	durch Spezialisten des LKA und des PP Bielefeld erfolgt ist.
	Auffinden von weiteren Beweismitteln: u.a. 1 PC, 1 Festplatte, 131 CDs. Die Tatorte sind gesichert. Die Tatortaufnahme ist noch
	nicht beendet und wird weiter fortgesetzt.
	Thore booked and who world foregoodize.

Polizeilicher Sachstand: 26.02.2019, 11:00 Uhr

(Nachtrag²: bei den vorherigen Durchsuchungen der KPB Lippe am 06.12.2018, 19.12.2018, 19.01.2019 und 25.01.2019 waren diese Beweismittel beim Hauptbeschuldigten noch nicht aufgefunden worden) ein Vermerk im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem der Kreispolizeibehörde Lippe entdeckt wurde, der einen Hinweis auf sexuellen Missbrauch durch den Hauptbeschuldigten im Jahr 2008 enthält. Nach den bisherigen Recherchen wird der Hinweis damals zwar ordnungsgemäß aufgenommen, aber abschließend nicht der Staatsanwaltschaft Detmold übergeben. Die Ermittlungen hierzu dauern an. Suspendierung des Leiters der Direktion Kriminalität der KPB Lippe durch den Landrat im Einvernehmen mit dem Innenministerium. 26.02.2019 Das PP Bielefeld teilt dem Innenministerium mit, dass die Ermittlungskommission "Behördenermittlungen" eine sehr umfangreiche tabellarische Übersicht der KPB Lippe entdeckt hat, in der Hinweise auf Sexualdelikte aufgeführt sind und die offensichtlich seit 1999 fortgeschrieben wurde. Bei einzelnen Hinweisen sind Tagebuchnummern aufgeführt, bei anderen jedoch nicht. Unter dem Datum 28.01.2002 ist der Verdacht eingetragen, dass der nunmehr Hauptbeschuldigte ein damals 8jähriges Mädchen missbraucht haben soll. Da hierzu keine entsprechende Tagebuchnummer erfasst ist, wird zurzeit geprüft, ob seinerzeit ein Ermittlungsverfahren durch die KPB Lippe eingeleitet wurde. Die Ermittlungen dauern an.

Nachtrag nach der Sondersitzung des Innenausschusses vom 26.02.2019 (eingetragen am 28.02.2019)